



Bild: Ábrahám Szilárd

Zerstörung der Demokratie

Ungarns Angriff auf die Zivilgesellschaft

Von Maya Fernandez-Powell

Die Organisation Human Rights First reiste im April 2024 im Vorfeld des bevorstehenden EU-Wahlkampfes nach Ungarn. Sie trafen Menschen aus der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsanwält:innen, LGBTQ+-Aktivist:innen, Journalist:innen, Akademiker:innen und ausländischen Diplomaten:innen und sprachen mit ihnen über die Herausforderungen, mit denen sich Menschenrechtsverteidiger:innen dort momentan konfrontiert sehen.

Seit Jahren verabschiedeten Orbán und seine Verbündeten Gesetze gegen Nichtregierungsorganisationen und wenden verschiedene Taktiken an, um die Zivilgesellschaft in Ungarn zu ersticken. [Letztes Jahr] verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das eine Behörde einführt, die Einzelpersonen bzw. Organisationen untersucht, die beschuldigt werden, ausländischen Interessen zu dienen, und außerdem strafrechtliche Sanktionen gegen diejenigen vorsieht, die ausländische Finanzmittel für Wahlkampagnen verwenden. Die Organisation Human Rights First reiste im April 2024 im Vorfeld des bevorstehenden [EU-Wahlkampfes nach Ungarn, um über die Herausforderungen für Menschenrechtsverteidiger:innen zu berichten, die in einem zunehmend feindseligen und gefährlichen Umfeld arbeiten. Sie sprachen mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsanwält:innen, LGBT-

Q+-Aktivist:innen, Journalist:innen, Akademiker:innen und ausländischen Diplomaten:innen in Budapest und in der östlichen Stadt Debrecen.

Aktivist:innen im Visier

Seit 2010 sind schädliche Gesetze zentraler Bestandteil von Orbáns Angriff auf die Zivilgesellschaft und die gezielte Bekämpfung von Menschenrechtsverteidiger:innen. Im Jahr 2018 verabschiedete die Regierung das „Stop Soros“-Paket, das jene kriminalisiert, die Migrant:innen und Asylbewerber:innen Hilfe anbieten. Die Gesetze machten die „Ermöglichung illegaler Migration“ zu einem Verbrechen, was auch jene miteinschließt, die Migrant:innen Rechtsberatung oder Informationen anbieten. Ihnen droht eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr. 2021 stellte der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) fest, dass die „Stop Soros“-Gesetz-

gebung gegen EU-Recht verstößt. Der EuGH und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg haben wiederholt gegen die von der Orbán-Regierung verabschiedeten Anti-NGO-Gesetze entschieden. Trotz dieser Urteile hat sich Orbáns Aufgebot schädlicher Gesetze verstärkt. Im Jahr 2021 verabschiedete die Regierung ein Anti-LGBTQ+-Gesetz, 2022 hielt sie ein nationales Referendum zur Unterstützung eines Gesetzes ab, das die „Darstellung und Förderung von Homosexualität und Geschlechtsumwandlung“ in Schulen und Medien verbietet. Im Dezember 2023 verabschiedete die Regierung ein Gesetz zur Verteidigung der Souveränität. Unter diesem Deckmantel erweitert das neue Gesetz die Befugnisse der Regierung, Organisationen und Bürger:innen zu bestrafen, die beschuldigt werden, ausländischen Interessen zu dienen, ohne dass eine gerichtliche Kontrolle stattfindet. [...] „Das neue

Gesetz kann für alles Mögliche verwendet werden, also nicht nur gegen NGOs, sondern auch gegen Privatpersonen“, sagt Stefánia Kapronczay, Direktorin der Hungarian Civil Liberties Union (HCLU). [...]

„In der gesamten Gesellschaft herrscht Angst vor Vergeltungsmaßnahmen. Selbstzensur ist ein Thema, nicht nur für Menschenrechtsaktivist:innen, sondern auch für Künstler:innen, Akademiker:innen und andere. In den letzten Jahren hat ein Mentalitätswandel stattgefunden, bei dem die Menschen zunehmend über mögliche Folgen für sie und ihre Arbeit nachdenken“, sagt Dávid Vig, Direktor bei Amnesty International Ungarn. Auch wenn die einzige wahrscheinliche Folge der Nichteinhaltung der neuen Gesetze die Erwähnung des/der mutmaßlichen Täters/Täterin in einem Regierungsbericht sein wird, gibt es keine Rechtsmittel, um einen Regierungsbericht anzufechten, der den Ruf einer Organisation schädigen könnte. „Das Gesetz zielt darauf ab, die Bürger:innen durch seine Unbestimmtheit, sein Propagandapotenzial und die Tatsache, dass das Amt Informationen vom Nachrichtendienst NIK [Nationales Informationszentrum] erhält, einzuschüchtern. Deshalb musste unsere Organisation bereits enorme Anstrengungen unternehmen, um Kolleg:innen aus der Zivilgesellschaft mit unserem Fachwissen zu unterstützen“, sagt die Menschenrechtsanwältin Márta Pardavi, Ko-Vorsitzende des Ungarischen Helsinki Komitees. [...]

Mächtige Propagandamaschine

Der Schlüssel zum Angriff der ungarischen Regierung auf die Zivilgesellschaft ist ihre mächtige Propagandamaschine. Nach Berichten unabhängiger investigativer Medien in Ungarn hat die Fidesz-Regierung seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2010 Hunderte Millionen Euro in Propaganda- und Verleumdungskampagnen investiert.

Fidesz kontrolliert den größten Teil der ungarischen Medienlandschaft, was es unabhängigen Medien sehr schwer macht, zu überleben und der Regierungspropaganda entgegenzuwirken. Orbánistische Denkfabriken haben außerdem Propaganda-Initiativen wie „Megafon“ ins Leben gerufen, das regierungsfreundliche Influencer:innen in den sozialen Medien finanziert. Die staatliche Propagandamaschine überschwemmt Online-Räume mit regierungsfreundlichen Botschaften, die sich gegen Organisationen und einzelne Menschenrechtsverteidiger:innen richten. Diese betonten, dass Orbáns fester Griff auf die Medien es extrem schwierig macht, die Anti-NGO-Narrative der Regierung in Frage zu stellen. Menschenrechtsverteidiger:innen geraten immer wieder ins Visier von Verleumdungskampagnen und werden beschuldigt, ausländische Agent:innen zu sein. Die Flut von Online-Angriffen wird zunehmend normalisiert, aber der psychische Tribut für Menschenrechtsverteidiger:innen ist erheblich. „Die Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, kommen fast ausschließlich aus dem Internet. Um für diese Arbeit einzustehen, kann man sich an Online-Angriffe gewöhnen, aber man muss sich auch daran gewöhnen“, sagt Kapronczay.

Antisemitismus spielt in der Propaganda der Regierung und bei den Angriffen auf die Zivilgesellschaft eine große Rolle. Eine der beliebtesten Zielscheiben der antisemitischen Verschwörungstheorien der Regierung ist George Soros, der ungarisch-amerikanische jüdische Philanthrop. Soros wird seit Jahren von der Fidesz-Regierung wegen seiner Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen dämonisiert. Im Jahr 2017 beschuldigte die Fidesz-Regierung Soros, das Land mit Migrant:innen zu überschwemmen, was sie als muslimische Invasion bezeichnete, und heute konzentriert sie sich weiterhin

auf die imaginäre Bedrohung, die er für das Land darstellt. Die Fidesz-Regierung behauptet, eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Antisemitismus zu verfolgen, aber ihre Anti-Soros-Rhetorik ist hochgradig antisemitisch und schürt auch antisemitische Stimmungen. Menschenrechtsverteidiger:innen werden häufig beschuldigt, Soros-Agent:innen zu sein, und einige erklärten, dass die Angriffe, denen sie online ausgesetzt sind, antisemitische Sprache und Bilder enthalten. Menschenrechtsverteidiger:innen berichteten auch von Fällen, in denen staatlich geförderte Medien und regierungsnahe Meinungsmacher:innen unangemeldet in ihren Büros auftauchten, Videos und Fotos von ihnen machten und dabei schikanöse Fragen stellten wie „Warum begehen Sie Hochverrat?“ oder „Warum bedrohen Sie unsere nationale Souveränität?“. Diese Fotos und Aufnahmen werden für Anti-NGO-Clickbaits und Online-Schmierkampagnen gegen Mitglieder der Zivilgesellschaft verwendet. „Das Phänomen der Online-Angriffe ist eine Folge der Narrative und der Hasspropaganda der ungarischen Regierung“, sagt Bulcsú Hunyadi, Leiter des Programms für Radikalisierung und Extremismus am Political Capital Institute in Budapest.

Kampf gegen Facebook

Menschenrechtsaktivist:innen haben es nicht nur mit einer Propagandamaschine der Regierung zu tun, sondern werden auch von der beliebtesten Social-Media-Plattform des Landes herausgefordert: Facebook (jetzt offiziell Meta). In Ungarn gibt es über 7 Millionen Facebook-Nutzer:innen (bei 9,6 Millionen Einwohner:innen). In den letzten Jahren haben die Änderungen der Facebook-Richtlinien und des Algorithmus die Arbeit der NGOs in Ungarn noch schwieriger gemacht. „Wir kämpfen mit der Regierung, aber wir kämpfen auch mit Facebook [...]“, sagt Áron Demeter



von Amnesty International Ungarn. „Wir fühlen uns von Facebook blockiert, da der Algorithmus im letzten Jahr geändert wurde und wir 70% Rückgang der Sichtbarkeit unserer Arbeit feststellen mussten. Facebook ist kein Freund von Medien wie uns“, sagt der Verlagsredakteur von Debreciner, einer unabhängigen Medienorganisation. Trotz der Bemühungen, Belästigungen und Online-Attacken an Facebook zu melden, unternimmt Meta keine nennenswerten Schritte.

Täuschung und Überwachung

Die Täuschung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch regierungsnahe Akteur:innen ist ein weiteres wichtiges Anliegen von Menschenrechtsverteidiger:innen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2018 unterstützte der private Nachrichtendienst Black Cube eine Kampagne zur Diskreditierung von NGOs. Black Cube veröffentlichte Aufnahmen von gefälschten Interviews und inszenierte eine Videokampagne, in der die Aussagen der NGO-Mitarbeiter:innen aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Premierminister Orbán nutzte diese Clips, um die Zivilgesellschaft im Vorfeld der Wahlen 2018 anzugreifen, die er dann mit einem Erdrutschsieg gewann. Außerdem ermöglicht das neue Büro, das mit dem Gesetz zur Verteidigung der Souveränität eingerichtet wurde, die willkürliche Überwachung von Menschenrechtsverteidiger:innen. „Das Eindringen in die Privatsphäre ist sehr schädlich. Wir müssen davon ausgehen, dass sie alle unsere Bankkonten überwachen“, sagt ein erfahrener Menschenrechtsanwalt.

Sicherer Raum für Rechtsradikale

Die nationalistische Rhetorik Orbáns hat die rechtsextreme Ideologie normalisiert und extremistische Gruppen in ganz Ungarn ermutigt. „Ungarn ist ein Paradebeispiel für das Mainstreaming der Rechtsex-

tremen auf den höchsten Ebenen der politischen Institutionen. Das Hauptproblem ist der fehlende politische Wille, diese Narrative und extremistischen Organisationen zu bekämpfen“, sagt Bulcsú Hunyadi. Die heute von der Fidesz verfolgte Politik, wie das Verbot von Büchern, in denen LGBTQ+-Gemeinschaften positiv dargestellt werden, drakonische Abtreibungsgesetze und die Manipulation von Wahlregeln zugunsten der aktuellen Regierung, geht auf rechtsradikale Politiker:innen in rechtsextremen Parteien wie Jobbik und „Mi Hazánk Mozgalom“ (Unsere Heimatbewegung, MH) zurück, einer Partei, die 2020 von ehemaligen Jobbik-Politikern gegründet wurde. Die Fidesz-Regierung distanziert sich zwar offiziell von rechtsextremen Gruppen, aber ihre Unterstützung rechtsextremer Überzeugungen hat Ungarn zu einem sicheren Ort für Neonazis gemacht. „Ungarn ist zu einem sehr beliebten Ziel für diese rechtsextremen Gruppen geworden“, sagt Flora Garamvolgyi, eine Enthüllungsjournalistin, die über die Verbindungen zwischen den rechtsextremen Gruppen in den USA und Europa berichtet. [...]

Das Hauptziel der Rechtsextremen in Ungarn ist seit jeher die größte Minderheitengruppe des Landes, die Roma-Gemeinschaften. In Ungarn gibt es 700 000 Roma. Die ungarischen Roma sind mit weit verbreiteter Armut, Diskriminierung und Segregation in den Bereichen Wohnen, Beschäftigung und Bildung konfrontiert. Die rechtsextreme Gewalt gegen die Roma erreichte 2008 und 2009 einen Höhepunkt, als bei einer Reihe von Anschlägen sechs Roma, darunter ein vierjähriges Kind, getötet und Dutzende weitere verletzt wurden. Diese Angriffe zwangen die Regierung, für Ordnung zu sorgen und die Gewalt der rechtsextremen Gruppen zu kontrollieren. Infolgedessen haben die extremistischen Gruppen in Ungarn ihre Taktik geändert. „An-

statt als Paramilitärs Gewalttaten zu begehen, konzentrieren sich die Rechtsextremisten jetzt auf Patrouillen in den Roma-Gemeinschaften“, sagt Szabolcs Hegyi, ein leitender Experte des Programms für politische Freiheiten an der HCLU. „Das Problem besteht aus zwei Teilen: Einerseits aus den Patrouillen in den Roma-Gemeinschaften und andererseits aus der mangelnden polizeilichen Verfolgung dieses Themas.“ In einem Land, in dem die Roma-Gemeinschaften mit zügellosem Rassismus und Diskriminierung konfrontiert sind, können Rechtsextremisten diese Gemeinschaften einschüchtern, ohne dass die Polizei eingreifen muss. Das Mainstreaming der Rechtsextremen durch die Orbán-Regierung hat auch kostspielige Folgen für Ungarns LGBTQ+- und Migrantengemeinschaften. Pride-Veranstaltungen sind beliebte Ziele für rechtsextreme Gruppen, und extremistische Gruppen stören häufig LGBTQ+-Veranstaltungen und schüchtern die Teilnehmer:innen ein. Ein Menschenrechtsverteidiger beschrieb ein LGBTQ+-Schulungsprogramm für Lehrer:innen, bei dem Rechtsextremist:innen sie angriffen, um sie einzuschüchtern. Bei der Vorführung eines LGBTQ+-Films, die von Amnesty International veranstaltet wurde, zogen Rechtsextremist:innen den Stromstecker, um die Vorführung zu verhindern. Mit einer Regierungspartei, deren Werte mit vielen Elementen der extremen Rechten übereinstimmen, steht es Extremist:innen frei, Minderheitengemeinschaften zu belästigen und einzuschüchtern, ohne dass es zu Konsequenzen kommt.

Übersetzung: Lucia Hämmerle

Die ungekürzte, englische Version dieses Berichts erschien im Mai 2024 unter: https://humanrightsfirst.org/wp-content/uploads/2024/05/Hungary-report_May.10.2024.pdf

